BILANZ zum 31. Dezember 2007

AKTIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		4.351,11	5.157,11
II. Sachanlagen			
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	868.853,57		875.249,32
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	11.019,40	879.872,97	0,00
III. Finanzanlagen			
1. Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen		246.135,10	177.355,31
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	254.706,47		271.938,82
2. sonstige Vermögensgegenstände	19.908,94	274.615,41	0,00
II. Wertpapiere			
1. sonstige Wertpapiere		1.177.760,37	913.649,18
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		1.357.428,20	1.345.340,86
C. Rechnungsabgrenzungsposten		13.237,01	7.974,76
		3.953.400,17	3.596.665,36

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage		1.689.895,89	1.689.895,89
III. Jahresüberschuss		241.270,14	65.986,31
IV. Vortrag auf neue Rechnung		847.854,42	781.868,11
B. Sonderposten mit Rücklageanteil		20.933,50	9.290,70
C. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	0,00		3.660,00
2. sonstige Rückstellungen	1.029.533,80	1.029.533,80	932.119,49
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	68.704,98		54.838,47
2. sonstige Verbindlichkeiten	30.105,24	98.810,22	34.006,39
- davon aus Steuern Euro 0,00 (Euro 5.613,97)			
E. Rechnungsabgrenzungsposten		102,20	0,00
		3.953.400,17	3.596.665,36

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG zum 31. Dezember 2007

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse		9.586.474,54	9.450.081,25
2. Gesamtleistung		9.586.474,54	9.450.081,25
3. sonstige betriebliche Erträge			
a) ordentliche betriebliche Erträge			
aa) sonstige ordentliche Erträge		258.735,60	433.578,59
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	374.377,92		367.168,72
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	298.592,68	672.970,60	294.509,96
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	6.164.809,91		6.232.649,87
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.439.355,93		1.472.382,50
- davon für Altersversorgung Euro 193.182,68 (Euro 204.786,20)			
c) sonstiger Personalaufwand	90.906,48	7.695.072,32	51.051,89
6. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	129.004,23		273.894,96
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	26.194,76	155.198,99	31.294,13
7. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen			
aa) Raumkosten	824.605,46		791.587,95
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	12.924,12		13.290,89
ac) Fahrzeugkosten	10.321,52		10.406,61
ad) Werbe- und Reisekosten	19.062,08		16.346,57
ae) verschiedene betriebliche Kosten	249.390,46		363.848,11
b) Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	12.870,40		0,00
c) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8.940,82	1.138.114,86	2.171,62
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		0,00	102.271,00
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		64.575,17	8.607,42
Übertrag		248.428,54	73.934,48

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG zum 31. Dezember 2007

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
Übertrag		248.428,54	73.934,48
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		4.811,74	5.156,28
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		243.616,80	68.778,20
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		2.346,66	2.791,89
13. Jahresüberschuss		241.270,14	65.986,31

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungskosten					Abschreibungen				Zuschreibungen	Restbuchwerte	
	01.01.2007	Umbuchung	Zugänge	Abgänge	31.12.2007	01.01.2007	Zugänge	Abgänge	31.12.2007	31.12.2007	31.12.2007	31.12.2006
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	17.461,41	146,19	291,37	0,00	17.898,97	12.304,30	1.243,56	0,00	13.547,86	0,00	4.351,11	5.157,11
II. Sachanlagen												
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.010.583,67	0,00	121.398,27	33,35	2.131.948,59	1.135.334,35	127.760,67	0,00	1.263.095,02	0,00	868.853,57	875.249,32
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	11.019,40	0,00	11.019,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.019,40	0,00
III. Finanzanlagen												
1. Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen	177.355,31	0,00	68.779,79	0,00	246.135,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	246.135,10	177.355,31
Summe	2.205.400,39	146,19	201.488,83	33,35	2.407.002,06	1.147.638,65	129.004,23	0,00	1.276.642,88	0,00	1.130.359,18	1.057.761,74

Städtische Kindertageseinrichtungen der Landeshauptstadt Schwerin gemeinnützige GmbH - Kita gGmbH, Schwerin

Anhang für das Geschäftsjahr 2007

1. Allgemeine Angaben

Wir haben den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 nach den Bestimmungen des Dritten Buches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Die ergänzenden Vorschriften des GmbHG wurden beachtet. Darüber hinaus waren landesrechtliche Vorschriften (KPG) zu beachten. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Geschäftsjahr ist nach dem Gesellschaftsvertrag das Kalenderjahr.

Bilanzierung und Bewertung erfolgten gemäß §§ 238 ff. HGB i.V.m. § 5 Abs. 1 EStG. Abweichungen von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr sind nicht erfolgt.

In der Gewinn und Verlustrechnung erfolgten Änderungen in der Darstellung, § 275 Abs. 2 HGB i.V.m. § 265 Abs. 1 HGB. Die Leasingfahrzeugkosten sind anstatt unter Punkt 7. a) aa) Raumkosten unter Punkt 7. a) ac) Fahrzeugkosten ausgewiesen. Unter Punkt 5. Personalaufwendungen wurde das Gliederungschema um Punkt 5. c) sonstige Personalaufwendungen erweitert. Das Personalleasing wurde unter Punkt 5. b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung geführt und wird mit der Erweiterung explizit dargestellt.

Das Vorjahr wurde entsprechend angepasst, § 265 Abs. 2 HGB.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

2.1. Erläuterungen zur Bilanz

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis zu € 410,00 (ohne Umsatzsteuer) werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Die Entwicklung des Anlagevermögens wird im beigefügten Anlagenspiegel dargestellt.

In den Bereichen Betreuung, Wirtschaft, Technik und Verwaltung werden für einen Teil der Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens gemäß § 240 Abs. 3 Satz 2 HGB Festwerte gebildet. Es handelt sich hierbei um Beschäftigungs- und Spielmaterial, Kindereinrichtungsmöbel, Küchengeschirr, Werkzeuge und Büromaterialen. Der Stetigkeitsgrundsatz des § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB wurde beachtet.

Die Forderungen werden zu Nennwerten abzüglich angemessener Einzelwertberichtigungen angesetzt. Forderungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens wurden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips bewertet.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen in erforderlicher Höhe. Die Rückstellungen beinhalten neben den Jahresabschlussprüfungskosten, dem Archivierungsaufwand und den Rechts- und Beratungskosten im Wesentlichen die Personalaufwendungen. Im Geschäftsjahr wurden T€ 185 (Vorjahr: T€ 387) für Personal (u.a. für Altersteilzeit-Arbeitsverhältnisse und Mehrstunden) eingestellt. Zum Bilanzstichtag ergeben sich somit Rückstellungen für Personal von insgesamt T€ 989. Die Rückstellungen wurden entsprechend der gesetzlichen und tariflichen Vorschriften gebildet.

Die Verbindlichkeiten sind zu Rückzahlungsbeträgen passiviert. Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Laufzeit bis zu einem Jahr.

2.2. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erträge aus Kinderbetreuung verteilen sich überwiegend auf Kostenerstattungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern, des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, der Landeshauptstadt Schwerin und der Eltern der betreuten Kinder.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Zuführung zur Insolvenzsicherung der Altersteilzeitverträge (Rückdeckungsversicherung T€ 69) sowie Lohnkostenzuschüsse (T€ 36). Die periodenfremden Erträge betragen (T€ 9).

Der Materialaufwand sowie die bezogenen Leistungen (T€ 673) sind gegenüber dem Vorjahr (T€ 662) leicht angestiegen.

Die Personalaufwendungen (T€ 7.695) sind gegenüber dem Vorjahr (T€ 7.756) gesunken. Der Grund hierfür liegt in der geringeren Zuführung zu den Altersteilzeitrückstellungen im Geschäftsjahr 2007.

3. Ergänzende Angaben

3.1. Organe

Organe der Städtische Kindertageseinrichtungen der Landeshauptstadt Schwerin gemeinnützige GmbH, Schwerin, sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Zu Geschäftsführern waren im Jahr 2007 Frau Anke Preuß, Schwerin, und Frau Marlies Kahl, Schwerin, bestellt.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Jahr 2007 wie folgt zusammen:

Herr Wolfgang Schmülling (Vorsitzender), Schwerin bis 08.05.2007	Finanzdezernent der Landeshauptstadt Schwerin
Herr Dieter Niesen (Vorsitzender), Schwerin ab 01.11.2007	Finanzdezernent der Landeshauptstadt Schwerin
Herr Malte Burwitz (Stellvertretender Vorsitzender), Schwerin	Rechtsanwalt
Herr Claus-Jürgen Jähnig, Schwerin	Dipl.-Pädagoge
Frau Erika Sembritzki, Schwerin	Rentnerin
Herr Stephan Nolte, Schwerin	Jurist in der Landtagsverwaltung

3.2. Aufwendungen für die Organe

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind ehrenamtlich tätig. An Sitzungsgeldern wurden im Geschäftsjahr 1.200 € gezahlt.

3.3. Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr waren im Durchschnitt 242 Mitarbeiter beschäftigt.

3.4. Ergebnisverwendungsvorschlag

Der Jahresüberschuss 2007 beträgt € 241.270,14. Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresgewinn 2007 auf neue Rechnung vorzutragen.

Schwerin, d. 15.09.2008

Anke Preuß
Geschäftsführerin

Marlies Kahl
Geschäftsführerin

Städtische Kindertageseinrichtungen der Landeshauptstadt Schwerin gemeinnützige GmbH - Kita gGmbH, Schwerin

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007

1. Geschäftsverlauf und Geschäftsergebnis

Die Kita gGmbH ist Betreiber von 20 Einrichtungen, davon 4 Horte an Schulen, in denen Kinder für einen Teil des Tages oder ganztags im Sinne des § 22 SGB VIII gefördert werden.

Wie in den vorangegangen Jahren wurden auch im Geschäftsjahr 2007 in einem Teil der Einrichtungen Kapazitätsanpassungen vorgenommen. Zum Teil wurden Kapazitäten reduziert bzw. entsprechend, orientiert am Bedarf, erweitert. Insgesamt jedoch wurde die Gesamtkapazität gegenüber dem Vorjahr nur um 20 Plätze erhöht.

Die Kita gGmbH konnte im Laufe des Jahres 2007 gegenüber dem Vorjahr 2006 durchschnittlich ca. 30 Kinder mehr betreuen. Insgesamt wurde eine durchschnittliche Auslastung von 97% erreicht.

Gemäß KiföG M-V § 16 soll der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe Verträge über den Betrieb der Kindertageseinrichtungen (Leistungsverträge) nach den §§ 78 b bis 78 e des Achten Buches Sozialgesetzbuch oder vergleichbare Vereinbarungen im Einvernehmen mit der Gemeinde, in der die Förderung angeboten wird oder werden wird, abschließen. Mit den Leistungsverträgen werden die leistungsbezogenen Entgelte der jeweiligen Kindertageseinrichtung festgelegt. Mit Wirkung zum 01.02.2006 traten die neuen Leistungsentgelte für die Geschäftsjahre 2006 und 2007 in Kraft.

Das Leistungsentgelt, welches die Grundlage für den Geschäftserfolg darstellt, setzt sich wie folgt zusammen: Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat für ihre Kostenbeteiligung einen Festbetrag festgeschrieben, der ab 2006 jährlich mit 2% dynamisiert werden soll. Wie viel von dem Gesamtbetrag auf die Landeshauptstadt Schwerin entfällt, hängt davon ab wie viel Kinder im Alter 0-11 Jahren ihren Hauptwohnsitz in Schwerin haben und wie viele davon eine Einrichtung besuchen. Die Finanzierung durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe hängt wiederum von den Landesmitteln ab und beträgt 28,8% des Betrages, den das Land Mecklenburg-Vorpommern zahlt. Den Rest der verbleibenden Kosten sollen sich Wohnsitzgemeinde und Eltern teilen, wobei der Anteil der Wohnsitzgemeinde 50% nicht unterschreiten soll.

Die Kita gGmbH hat die Leistungsentgelte 2006 unter den Vorgaben des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe verhandelt. Die Vorgaben betrafen insbesondere einen veränderten Personalschlüssel im Kindergarten von 1,5 VbE auf 1,35 VbE zu 18 Kindern und im Hort von 0,8 VbE auf 0,75 VbE zu 22 Kindern. Der veränderte Personalschlüssel basiert auf der derzeitigen Satzung der Landeshauptstadt Schwerin, worin zwischen Kernbetreuungszeit und Hol- bzw. Bringezeit bezüglich des Personalbedarfes unterschieden wird.

Darüber hinaus gab es die Vorgabe des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, von einer Durchschnittsauslastung von 95% in allen Betreuungsbereichen auszugehen.

Am 22.05.2006 hat die Stadtvertretung die Leistungsentgelte rückwirkend ab Februar beschlossen.

Der Personalschlüssel wurde durch einen Teil der Freien Träger vor der Schiedsstelle beklagt. Die Schiedsstelle entschied hier zu Gunsten der Freien Träger, woraufhin der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe Einspruch eingelegt hat. Ein Urteil liegt bis heute nicht vor.

Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat daher zur Verhandlungsaufforderung für das Jahr 2007 erklärt, dass er bis zu einer Entscheidung des Gerichtes, durch ihn keine Verhandlungen durchgeführt werden. Darüber hinaus erklärte der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe, dass selbige Vorgaben auch für die Verhandlung 2008 gelten sollen.

Die stetigen Kapazitätsanpassungen, Marketing sowie qualitativ hochwertige Angebote zeigten auch im Jahr 2007 ihre Wirkung. So ist es der Gesellschaft gelungen, eine durchschnittliche Auslastung von 97% zu erzielen.

Die sehr gute durchschnittliche Belegung führte dazu, dass das geplante ausgeglichene Jahresergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2007 übertroffen wurde und ein Jahresüberschuss von 241,3 T€ erzielt werden konnte.

Im Sommer 2007 wurde unter anderem der Neubau der Kita Anne Frank fertig gestellt. Die Einrichtung stellt 100 Plätze zur Verfügung und ist nach neuesten Standards gebaut und eingerichtet. Zum Schuljahresanfang wurden zwei weitere Hortgruppen eröffnet. Darüber hinaus eine gemischte Gruppe mit 15 Plätzen und einer flexiblen Öffnungszeit bis 20.30 Uhr eröffnet.

Im Zuge der Claramanie erhielt die Kita gGmbH nun auch ein Maskottchen - das Nashorn Limpopo -. In Vorbereitung auf die BUGA 2009 wurden Konzepte und Verträge erarbeitet, welche im April 2009 zum Tragen kommen werden.

Zum Jahreswechsel 2007/2008 ist die Kostenstellenrechnung eingeführt worden.

Auch die pädagogischen Zielvorstellungen konnten im Jahr 2007 realisiert werden. So konnte in 5 Einrichtungen des Unternehmens die Teilnahme am Qualitätssicherungssystem „Pädquis" zertifiziert werden. Die Einrichtungen sind damit befähigt, ihre internen Qualitätsstandards zu prüfen, zu entwickeln und zu evaluieren. Weitere 5 Einrichtungen haben 2007 mit der Qualitätsentwicklung begonnen und schließen diese im Jahr 2008 ab.

Die Handlungsstrategien für die konzeptionellen Ansätze in den einzelnen Einrichtungen sind formuliert und werden jährlich den aktuellen gesellschaftlichen und erziehungswissenschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnissen angepasst.

Unser Ziel ist es, durch hohe fachliche Kompetenzen innerhalb der Einrichtungen den Markt zu bestimmen, um somit den Bedürfnissen unserer Eltern und Kinder nachzukommen und damit die Einrichtungen auszulasten. Beides ist der Gesellschaft gelungen.

Vier Mitarbeiterinnen absolvierten eine Ausbildung zum Facherzieher für verhaltensauffällige Kinder bzw. Facherzieher für Musik. Auch unsere Präsens in der Facharbeitsgruppe Schwerin, durch die trägerübergreifende Projekte ins Leben gerufen werden, trägt zu unserem Erfolg bei.

Die Initiierung unserer Projekte richtet sich nach dem Anspruch unserer Kindertageseinrichtungen und dem laufenden Tagesgeschäft. Vorrang hatten Projekte, wie die Entwicklung der emotionalen Intelligenz, der Bewegungsförderung, sowie der Entwicklung von Selbstkompetenzen bei Kindern. Eine wesentliche Priorität erhält bei der Umsetzung der Angebote, die Vernetzung mit den innerstädtischen Unternehmen.

Ein für das Unternehmen sich in den letzten Jahren entwickelndes Problem stellen die Schulhorte dar, welche Kinder in der sogenannten Doppelnutzung der Räume (Klassenraum=Gruppenraum) betreuten. Die Doppelnutzung hatte zur Folge, dass Konzepte geändert werden mussten, Tagesabläufe wurden neu koordiniert und Standards neu formuliert.

Eine für das Rendsburger Elterntraining ausgebildete Mitarbeiterin betreute im Jahr 2007 10 Familien in Fragen der Erziehung und Begleitung von Kindern. Dieses Angebot soll auf Grund wachsender Inanspruchnahme weiter ausgebaut werden.

2. Lage zum Bilanzstichtag

Die Finanz- und Vermögenslage sowie die Liquiditätssituation zum Bilanzstichtag ist im Wesentlichen als gut einzuschätzen.

2.1. Vermögens- und Kapitalstruktur

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 1.058 T€ auf 1.130 T€ erhöht. Das Umlaufvermögen hat sich geringfügig um 284 T€ auf 2.823 T€ erhöht. Der Anteil des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme beträgt somit 71,4% (im Vorjahr: 70,6%).

Das Eigenkapital beträgt 2.804 T€ und hat damit einen Anteil an der Bilanzsumme von 71%. Das Fremdkapital hat sich im Geschäftsjahr von 1.024 T€ auf 1.128 T€ erhöht. Dies betrifft insbesondere die Rückstellungen mit einer Steigerung um 94 T€.

2.2. Finanzlage

Der Cash Flow hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit 478 T€ ist gegenüber dem Vorjahr (684 T€) geringer ausgefallen. Einflussfaktoren waren hier insbesondere die:

TEUR	2007	2006
Abschreibungen / Zuschreibungen	129	155
Rückstellungen	94	390
Offene Forderungen	-8	80
Verbindlichkeiten	10	-11

Beim Cash Flow aus Investitionen wurde im Ergebnis mehr investiert als desinvestiert und der Finanzmittelfonds mit 201 T€ (Vorjahr: 266 T€) in Anspruch genommen. Hier sind insbesondere die Rückdeckungsversicherungsansprüche aus Lebensversicherungen zu nennen.

Der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt null, da Fremdmittel nicht in Anspruch genommen wurden.

Der Finanzmittelfonds hat sich zum Ende der Geschäftsperiode gegenüber dem Anfang um 276 T€ erhöht (Vorjahr Erhöhung um 417 T€).

Die Liquidität 2. Grades betrug im Geschäftsjahr 249% (im Vorjahr: 247%), bedingt durch den Bestand an Wertpapieren, der zum einen als monetärer Gegenwert für die Rückstellungen aus Altersteilzeit und zum andern der Sicherung der laufenden Liquidität dient.

2.3. Ertragslage

Aufgrund der außerordentlichen guten Auslastung und der ausgehandelten Leistungsvereinbarungen mit den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe konnten die Umsatzerlöse von 9.450 T€ im Vorjahr auf 9.586 T€ gesteigert werden. Dies entspricht einem Anstieg von 1,4%. Gleichzeitig verminderten sich die Personalkosten (geringere Zuführung zu den ATZ Rückstellungen) und Abschreibungen. Die Materialaufwendungen stiegen nur geringfügig. Demzufolge konnte ein positives Ergebnis von 241 T€ erzielt werden.

Da die Ertragslage grundlegend zum einen von der Belegung und zum anderen von den Ergebnissen aus den Leistungsverhandlungen abhängt, liegt hier auch der Unternehmensschwerpunkt. Insbesondere ist das Hauptaugenmerk auf die stete Geburten- und Belegungsentwicklung zu richten.

3. Ausblick auf das Jahr 2008

Durch die Hartz IV Reform ist der Anteil der Ermäßigungstatbestände nach wie vor noch im ansteigen. Daraus folgt, dass die Elternentgelte wie auch im letzten Geschäftsjahr zu einem Drittel durch die Kommune getragen werden müssen. Eine erhöhte Erwerbslosigkeit schlägt sich unmittelbar in der Belegung nieder. Grundsätzlich besteht, nur ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenteilzeitplatz.

Die Inanspruchnahme hängt weiterhin wesentlich von der Höhe der verhandelten Preise pro Kindereinrichtung und Betreuungsform gemäß Leistungsvereinbarung zwischen örtlichem Träger der öffentlichen Jugendhilfe und dem Träger von Kindertagesstätten ab.

Für das Jahr 2008 wurden erneut Leistungsverhandlungen durchgeführt. Die Vorgaben entsprachen denen der Jahre 2005 und 2006. Daraus folgt, die Elternentgelte liegen überwiegend unter denen der Vorjahre. Die Landeshauptstadt Schwerin hat den Schiedsstellenspruch vor dem Oberverwaltungsgericht beklagt und legte dar, dass sie dieses Urteil erst abwarten wolle. Sollte sich der Schiedsstellenspruch vor Gericht durchsetzen, muss der alte Personalschlüssel in Ansatz gebracht werden.

Als ein weiteres wesentliches Kriterium zur Risikobeurteilung sind der Standort und das inhaltliche Konzept einzubeziehen.

Die Chancen der Kita gGmbH, auch in der Zukunft ein marktfähiges Unternehmen zu sein, liegen insbesondere in der Untemehmensgröße. Hier liegen die Möglichkeiten vor allen Dingen in der Flexibilität des Personaleinsatzes und in der Vielfalt der Leistungsangebote. Darüber hinaus ermöglicht die Größe des Unternehmens, die Verwaltungskosten pro Kind unter dem Durchschnitt zu halten. Die Kostenstellenrechnung soll weiter entwickelt werden, um die Kostentransparenz noch mehr zu entwickeln. Darüber hinaus plant die Kita gGmbH die Installation eines Kitaverwaltungsprogrammes, um die Flexibilität innerhalb der Verwaltung zu erhöhen.

Insbesondere die vorgenannten Marktvorteile werden auch künftig dahingehend geprüft werden, über die Stadtgrenzen Schwerins hinaus Einrichtungen in anderen Landkreisen entweder unter dem Namen Kita gGmbH zu betreiben oder die Betriebsführerrolle zu übernehmen. Die Marktvorteile würden hierdurch noch intensiver greifen.

Im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres konnte eine außerordentlich gute Auslastung verzeichnet werden.

Die Workshops zum systematischen Qualitätsentwicklungsverfahren (PädQuis) in Verbindung mit den bildungspolitischen Vorgaben des Landes sollen weiter fortgeführt werden.

Die künftige Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist aufgrund der verhandelten Leistungsverträge welche zum 01.04.2008 in Kraft traten, für das Geschäftsjahr 2008 als stabil einzuschätzen.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich bis zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung nicht ergeben.

5. Risikobericht

Die Kita gGmbH hat ihre Risikoinventur zum 30.06.07 und zum 31.12.07 durchgeführt und entsprechend dokumentiert. Aus den aktuell erkennbaren Entwicklungen ergeben sich unmittelbar keine rechtlichen oder wirtschaftlichen Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten. Betrachtungen wie insbesondere die Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft der Kunden sowie die weiteren Verhandlungen bezüglich der Leistungsvereinbarungen sind Hauptaugenmerk der Geschäftsführung. Preisänderungsrisiken bestehen derzeit nicht, da auf der Grundlage der Leistungsvereinbarungen die Platzkosten festgelegt sind. Liquiditätsrisiken sind weder akut noch längerfristig zu erwarten.

Schwerin, d. 15.09.2008

Anke Preuß
Geschäftsführerin

Marlies Kahl
Geschäftsführerin

2. Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Städtische Kindertageseinrichtungen der Landeshauptstadt Schwerin gemeinnützige GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 geprüft. Durch § 15 Abs. 1 Nr. 3 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckte sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB sowie nach § 15 Abs. 1 Nr. 3 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Rostock, den 30. September 2008

BDO Heßler Mosebach AG
Wirtschaftsprüfung Steuerberatung
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

BDO HEßLER MOSEBACH AG Wirtschaftsprüfung Steuerberatung
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT
SIEGEL
* ROSTOCK *

Armin Heßler
Wirtschaftsprüfer

Petra Mosebach
Wirtschaftsprüferin